

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

FBB-Aufsichtsrat
- Vorsitzender -
Herrn Staatssekretär R. Bretschneider - persönlich -
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Eichwalde, den 31. Oktober 2017, 500. Reformationstag

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -
Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 4. April 2017 (i.d. Fassg. vom 1. Mai 2017 m. Korr.),
"Politikerbrief ...", an die Staatskanzlei

Umsetzung europäischen Rechts beim BER-Projekt
i. Vbdg. mit der Umsetzung des Berliner Volkstent-
scheides zur Offenhaltung des Flughafens Tegel TXL
und Sicherung des der zeitigen Berliner Flughafen-
Systems SXF + TXL unter Umsetzung des Volkstent-
scheides zum Nachtflugverbot in Schönefeld

Sehr geehrter Herr Aufsichtsratsvorsitzender,

aufgrund bisher fehlender jeglicher Reaktion der Exekutiven
wie Legislativen der FBB-Eigner auf vorg. "Politikerbrief ..."
wurde ich am 26. Oktober 2017 von unseren Gruppierungen beauftragt,
erneut an die Legislativen der FBB-Eigner heranzutreten, um
eine Umsetzung der Forderungen unseres vorg. Politikerbriefes
"Europäisches Recht ist umzusetzen. Zur aktuellen Lage
des BER-Projektes und des MAW unter Darlegung daraus resul-
tierender Erfordernisse für den Erhalt des Berliner Flughafen-
systems und der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Um-
feld von Schönefeld gemäß geltendem europäischen Recht" i. Vbdg.
mit der aktuellen Diskussion zur Offenhaltung des Flughafens
Tegel TXL anzumahnen, was inzwischen erfolgt ist.

Außerdem habe ich Herrn Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke
diesbezüglich als Verantwortlichen Politiker für das Planfest-
stellungsverfahren angeschrieben, da die rechtliche Relevanz
zur Offenhaltung Tegels unübersehbar ist und Planfeststellungs-
beschluß und Konsensbeschluß in diesem Zusammenhang in die Mei-
nungsäußerungen verantwortlicher Politiker bis hin zu Frau Bun-
deskanzlerin Dr. Angela Merkel eingingen.

1969-2014 45 Jahre Autor am Volkswirtschaftswissenschaften
in med. Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschiele für Schenckmaschinen und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor
mit Untersuchungen zur Systemleistungsfähigkeit
von Regelprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen

1974, 1974 Pflichtprüfstatter und Hochschulprüfstatter
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dokent für Mathematik, Physik
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundstoffungen im DEUTSCHEN MEDIENRECHT (DMR)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des
Landesparlamentes Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für endochirurgiebegleitende
Standardisierung/Neuerung
1994 Bauleitplaner

um 1950 Veröffentlichung "Zum Thema Produktivitätsverluste"
mit der Berechnung möglicher Fertigungsleistung
Maßbedingungen für Typen, Sorten und Mengen
für Duroplast-Faserverstärkte, FASER UND LAMINIERUNG

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz des
Volkswirtschaft gegen den Störanfall des
wissenschaftlich-technischen Wissens zu
Auswertung Elastizitätsberechnung
(Veränderung der Einflüsse des sozioökonomischen
Gut-Toleranz- und Passungssysteme aufgrund der
Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssysteme)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des ANW Berlin
(Teil: Erstellung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil 2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Regelung,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit dem Co-Autor
Dr. Wilfried Schauf, Zentralbibliothek für
Elastizitätsberechnung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Stauditz, TU Dresden

1993-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu statistischer Toleranz
(normale Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenreduzierung durch größere
Bestelltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Erstellung der Parameter des Elastizitätsprozesses
von Duroplastfaserverstärkten aus Abfall-Rückständen
Verfahren, Öffnungserwartung der Seiten
Elastizitätsberechnung einer der internationalen
Fachgruppen HAW/Technik der Ferner der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Einflusses
des Sozialismus im Rahmen des Produktivitätsverlustes,
Humboldt-Universität zu Berlin

1981 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz des
Volkswirtschaft gegen den Störanfall des
wissenschaftlich-technischen Wissens
(Veränderung der Einflüsse der sozioökonomischen
Zurechnungsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)

1981 Messerforschungsanstalt in FERNZUGABWEICHUNG
29(1981) I.A. S. 162

Jan. 1990 Vorschläge zur Überwindung der Volkswirtschaft
von der Volkswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit Sonntagschen Schmid über NEUES FORUM
Zentralen Bundes Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer John-Somer
(Spezialisations-Übersetzung) und eines neuen
Ewerton-Wohl-Abkommen (freie Wechselkurse)
an die Oppositions-Fraktion des Deutschen Bundestages
zur Beilegung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Produktivitätsverlustes
(PVL) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg

2003-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Beilegung der Welt-Einstimmung- und Wirtschaftskrisen
sowie zur Vermeidung Erdröcker Kisten

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entschaffens
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDER BÜRGER
INITIATIVE, BUND SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NÄHER ANLIEGER BER

In enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de>
sowie www.eichwalde.com und www.fbb-ev.de)

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Wir haben deshalb nochmals mit juristischen Argumenten nachgewiesen, daß weder der Konsensbeschuß noch der Planfeststellungsbeschuß von rechtlicher Tragkraft für die Zertifizierung des BER und den Standort Schönefeld - und damit als Begründung für die Verweigerung der Offenhaltung von Tegel TXL - nutzbar sind.

Ferner habe ich anläßlich des Juristen-Streitgespräches im Abgeordnetenhaus von Berlin den Gegnern der Offenhaltung Tegels zu verstehen gegeben, daß sie in ihren Argumenten nur Landes- und das VwVG als Bundesrecht anführten, jedoch rechtlich relevantes EU-Recht nicht in ihre Diskussion einbezogen.

Da ich bezüglich der rechtlichen Irrelevanz von Konsensbeschuß und Planfeststellungsbeschuß davon ausgehen kann, daß Ihnen dies als Jurist längst bekannt ist, wollte ich Sie mit diesem Schreiben im Auftrage unserer Gruppierungen lediglich auf unsere aktuellen Aktivitäten hinweisen, zumal Ihnen ja bei Interesse auf dem Wege der Amtshilfe ohnehin alle Schriftsätze zugänglich sind und z.T. auch bereits in der Staatskanzlei vorliegen.

Wir erwarten aus den vorgeh. Gründen, daß nunmehr eine baldige Umsetzung unserer Forderungen erfolgt, welche auch die Aufgabenstellung des vom Senat von Berlin bei Ex-Bundesrichter Paetow in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Offenhaltung Tegels betreffen.

Außerdem gestatte ich mir am heutigen Reformationstag darauf hinzuweisen, daß eine Konzentration des gesamten Flugverkehrs des Raumes Berlin-Brandenburg in Schönefeld, wie dies von der Landesregierung noch immer vertreten wird, bei m.W. bisher nur 129 nur gem. PFBerg schallgeschützten Gebäuden - und damit entgegen übergeordnetem Recht wie PFB- und BVG-Auflagen - den existentiellen Interessen der betroffenen Bürger Brandenburgs wie Berlins widerspricht und als Verstoß u.a. auch gegen Art.2 Abs.(2) GG moralisch unverantwortlich ist - eine Reformation des Denkens zum BER-Projekt ist deshalb dringlich anzumahnen !

Im Übrigen bitten wir um Übermittlung dieses Schreibens an alle Mitglieder des Aufsichtsrates.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT